



Brief aus Berlin

Ausgabe 01|2016

Neues aus der Bundespolitik von Ihrer Abgeordneten Dr. Anja Weisgerber



CSU
LANDESGRUPPE
AM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Familiennachzug wird für zwei Jahre ausgesetzt

CSU setzt sich durch – Marokko, Algerien und Tunesien sollen sichere Herkunftsländer werden



Liebe Leserinnen und Leser,

die Spitzen der Koalition aus CDU, CSU und SPD haben sich auf das zweite Paket zur Verschärfung des Asylrechts geeinigt. Das ist ein wichtiger Erfolg für uns: Horst Seehofer setzte in den Verhandlungen durch, dass der Familiennachzug für Flüchtlinge mit eingeschränktem Schutz für zwei Jahre ausgesetzt wird. Es war höchste Zeit, dass sich die SPD endlich bei der Umsetzung des Asylpaket II bewegt hat. Kernpunkt des Paketes ist ferner die Schaffung „besonderer Aufnahmeeinrichtungen“ für Asylbewerber aus sicheren Herkunftsländern ohne Bleibeperspektive. Dort findet das gesamte Verfahren von der Antragstellung über die Bearbeitung und Entscheidung bis zur Rückführung – einschließlich Rechtsmittel – innerhalb von drei Wochen statt. Es gilt auch eine verschärfte Residenzpflicht: Asylbewerber müssen im Bereich der Aufnahmeeinrichtungen bleiben, sonst drohen ihnen Leistungsentzug und sofortige Abschiebung. Zudem gibt es Erleichterungen bei Abschiebungen aus gesundheitlichen Gründen. Außerdem wird die Abschiebung direkt aus der Erstaufnahmeeinrichtung möglich. Die Große Koalition einigte sich gestern Abend außerdem darauf, dass Marokko, Algerien und Tunesien zu sicheren Herkunftsländern erklärt werden sollen. Dadurch sollen schnellere Verfahren möglich sein. Die rot-grün geführten

Länder im Bundesrat müssen sich in diesem Punkt endlich bewegen.

All diese Maßnahmen sind ein wichtiger Schritt, um die Zahl der Flüchtlinge zu reduzieren. Auch bei den Flüchtlingen aus den Westbalkanstaaten haben diese Maßnahmen Wirkung gezeigt: Seit dem Sommer 2015 hat sich der Anteil der Balkanflüchtlinge von 40 Prozent auf zwei Prozent reduziert. Ich bin davon überzeugt, dass die europäischen und internationalen Verhandlungen zur Asylpolitik nur erfolgreich sind, wenn auch von Deutschland weitere Signale der Reduzierung ausgeht.

Bei der Integration sind unsere Werteordnung und unsere Leitkultur nicht verhandelbar. Das heißt: Wer die Regeln unseres Zusammenlebens nicht akzeptiert, hat keinen Platz in unserer Gesellschaft. Die Bundesregierung hat dazu einen Gesetzesentwurf beschlossen, der die erleichterte Ausweisung von straffälligen Ausländern und Asylbewerbern vorsieht (*siehe Seite 2*).

Die aktuellen Forderungen und Positionen der CSU finden Sie auch auf unter <http://www.csu.de/aktuell/meldungen/>. Die CSU wird sich auch weiterhin dafür einsetzen, dass geltendes Recht angewandt und Schaden von unserem Land abgewandt wird.

Herzliche Grüße,

Dr. Anja Weisgerber MdB

WEITERE THEMEN IN DIESER AUSGABE

- Straffällige Asylbewerber noch früher ausweisen
- Fördermittel für Klimaschutz in den Kommunen
- 90. Grüne Woche in Berlin
- Frauen-Union setzt Mentoring-Programm fort
- Bundesverkehrsminister in Schwebheim und Kitzingen

Straffällige Asylbewerber noch früher ausweisen

Bereits eine Bewährungsstrafe kann nur zur Ausweisung führen

Die Bundesregierung hat am Mittwoch die erleichterte Ausweisung von straffälligen Ausländern und Asylbewerbern beschlossen. Dieser Beschluss ist ein wichtiger Schritt und zieht die richtigen Konsequenzen aus den Vorfällen der Silvesternacht in Köln. Die CSU-Landesgruppe hat sich schon im vergangenen Jahr für weitere Verschärfungen für straffällige Asylbewerber eingesetzt. Auf unseren Druck hin kann nun bereits eine Bewährungsstrafe zur Ausweisung führen. Denn wer derart straffällig wird, darf in unserer Gesellschaft keine Zukunft haben.

Der Gesetzentwurf sieht vor, dass ausländische Straftäter



künftig bereits ausgewiesen werden, wenn sie zu einer Freiheitsstrafe verurteilt wurden – unabhängig davon, ob die Strafe zur Bewährung ausgesetzt wurde oder nicht. Das gilt bei Straftaten gegen das Leben, gegen die körperliche Unversehrtheit, gegen die sexuelle Selbstbestimmung und bei Angriffen auf Polizisten. Auch Eigentumsdelikte wie Diebstahl können zur Ausweisung führen, wenn sie unter Anwendung von Gewalt oder von Serientätern verübt werden.

Unserer Meinung nach müssen wir auch noch weiter gehen. Bedenkt man das verursachte Leid der Opfer und die dabei zu Tage tretende kriminelle Energie der Täter müssen deshalb auch Straftaten, die nicht mit einer Bewährungsstrafe belegt werden, zum Verlust des Flüchtlingsstatus führen.

Ausländer, die im Zuge eines Asylverfahrens Schutz in Deutschland suchen und hier Straftaten begehen, gefährden damit unseren gesellschaftlichen Frieden und verlieren jegliches Recht auf Aufenthalt in unserem Land. Auch um die gesellschaftliche Akzeptanz gegenüber den Ausländern und Asylbewerbern zu bewahren, die sich rechtstreuhaltig verhalten, müssen Ausweisungen auch bei einer Verurteilung unterhalb einer Bewährungsstrafe möglich sein.

Fördermittel für Klimaschutz in den Kommunen

Noch bis zum 31. März können die Kommunen Anträge stellen

Ende Dezember hat sich die Staatengemeinschaft auf ein völkerrechtlich verbindliches Klimaabkommen geeinigt, um den weltweiten Temperaturanstieg langfristig auf unter zwei Grad Celsius zu begrenzen. In den Kommunen liegen große Potenziale, die Treibhausgasemissionen zu senken und damit einen wichtigen Beitrag zur Erreichung der Klimaschutzziele der Bundesregierung zu leisten. Um Städte und Gemeinden dabei zu unterstützen, fördert das Bundesumweltministerium mit der sogenannten „Kommunalrichtlinie“ Klimaschutzprojekte in Kommunen im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative. Gefördert werden zum Beispiel Einstiegsberatungen für Kommunen, die am Beginn ihrer Klimaschutzaktivitäten stehen, die Erstellung von Klimaschutzkonzepten, die Sanierung und der Austausch raumlufttechnischer Geräte und die nachhaltige Mobilität, insbesondere im Radverkehr. Mit der Novellierung der Kommunalrichtlinie, die am 1. Oktober 2015 in Kraft getreten ist, wird die Förderung weiter verstärkt und deutlich ausgebaut. So wurde beispielsweise ein neuer Förderschwerpunkt für Kindertagesstätten, Schulen, Jugendfreizeiteinrichtungen, Sportstätten und Schwimmhallen geschaffen und die Förderung der LED-Straßenbeleuchtung wieder aufgenommen.

Noch bis zum 31. März können die Kommunen Anträge auf Förderung von Klimaschutzprojekten in sozialen, kulturel-

len und öffentlichen Einrichtungen beim Projektträger Jülich stellen. Ein zweites, neu eingeführtes Antragsfenster läuft vom 1. Juli bis 30. September. Weitere Antragsfenster sind für die gleichen Zeiträume 2017 vorgesehen.

Seit 2008 profitieren Kommunen von der Förderung durch die Nationale Klimaschutzinitiative des Bundesumweltministeriums. In den vergangenen Jahren wurden rund 3.000 Kommunen in über 7.500 Projekten unterstützt, ihre Treibhausgasemissionen zu reduzieren.

Weitere Informationen finden Sie auf der Seite des Bundesumweltministeriums unter <https://www.klimaschutz.de/de/zielgruppen/kommunen/foerderung/die-kommunalrichtlinie>.



90. Grüne Woche in Berlin

Marokko war in diesem Jahr Gastland auf der 90. Internationalen Grünen Woche. Eröffnet wurde die weltweit größte Ernährungsmesse von Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt. Zu Gast waren auch Entwicklungshilfeminister Gerd Müller, Staatssekretärin Dorothee Bär sowie weitere Mitglieder der Bundesregierung. Auf der Messe in Berlin präsentierten sich rund 1.660 Aussteller.



Frauenherzen schlagen anders

Die Landfrauen Schweinfurt starteten ihre 5. Gesundheitsoffensive zum Thema Herz-Kreislauf-Erkrankungen unter der Schirmherrschaft von Dr. Anja Weisgerber MdB. Diese unterstrich, dass für sie ausreichend Bewegung und eine gute Ernährung das Herzstück der Prävention sind. Dass dies auch für Frauen wichtig ist, zeigen die Zahlen: Über die Hälfte aller Todesfälle durch Herzinfarkt betreffen Frauen.



Frauen-Union setzt Mentoring-Programm fort

Frauenförderprogramm geht in die nächste Runde

Unter dem bekannten Motto „Frauen fördern Frauen“ legt die Frauen-Union (FU) Unterfranken ihr Mentoring-Programm neu auf. Im Rahmen des Programms sollen engagierte Frauen, die bereit sind, politische Verantwortung zu tragen, für die Übernahme von Ämtern und Mandaten fit gemacht werden.

„Mehr Frauen in die Politik. Dieses Ziel haben wir uns als Frauen-Union gesetzt. Denn Gesellschaft, Wirtschaft und besonders die Politik können es sich nicht leisten, auf die Erfahrung und Expertise von Frauen zu verzichten“, erklärt die Bezirksvorsitzende der Frauen-Union Unterfranken Dr. Anja Weisgerber MdB. „Mit dem Mentoring-Programm haben wir schon im Jahr 2010 ein erfolgreiches Frauenförderprogramm geschaffen. Das Programm geht jetzt in die 5. Runde. Viele Frauen sind auch durch das Programm auf die Frauen-Union und die CSU aufmerksam geworden und wollten daraufhin aktiv werden. Unser Ziel ist es, politisch engagierte Frauen jeden Alters damit zu unterstützen und gezielt zu fördern. Dabei konnten wir bereits einige Erfolge verzeichnen. Einige Bürgermeisterinnen, die im Jahr 2014 neu gewählt wurden, haben vom Programm profitiert.“

Eine davon ist die Bürgermeisterin von Estenfeld, Rosalinde Schraud: „Ich bekam in dieser Zeit so viele Einblicke in die politische Arbeit der verschiedenen Gremien und konnte gute Netzwerke aufbauen, die mir bei meiner heutigen Tätigkeit als Bürgermeisterin sehr weiterhelfen“, resümiert Schraud. „Das Programm setzt auf Nachhaltigkeit und den Aufbau eines Frauennetzwerkes.“

Der Erfolg des Programmes basiert auf einer engagierten Zusammenarbeit zwischen der sogenannten „Mentorin“ und ihrer „Mentee“ im Mentoring-Tandem, das von einem

umfassenden Rahmenprogramm zur persönlichen und fachlichen Qualifizierung flankiert wird. Die Mentorinnen sind profilierte Politikerinnen der CSU Unterfranken,



die ihre Mentees mit persönlichem Wissen und Erfahrung bei ihrer Entwicklung und Karriereplanung unterstützen. Dazu zählen Landtagspräsidentin Barbara Stamm MdL oder die Parlamentarische Staatssekretärin Dorothee Bär MdB, aber auch viele profilierte Kommunalpolitikerinnen. Mentees können Frauen jeden Alters werden, die Interesse an der aktiven Gestaltung unserer Gesellschaft haben und sich stärker politisch engagieren möchten.

Bis zum 31. März 2016 haben interessierte Frauen die Möglichkeit, sich für das Mentoring-Programm zu bewerben, vorschlagen oder empfehlen zu lassen. Weitere Informationen zum Mentoring-Programm finden Sie hier: http://www.fu-bayern.de/common/fu/content/Verbaende/bezirksverbaende/Unterfranken/PDF-Dateien/2016_Mentoring-allg-info.pdf

Verkehrsminister in Schwebheim und Kitzingen

Alexander Dobrindt: Verkehr, Güter und Datenströme sind die Wohlstandsträger der Zukunft

Ein glänzend aufgelegter Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt begeisterte die Gäste bei den Neujahrsempfängen der CSU in Schwebheim und in Kitzingen. Flüchtlingskrise, Terrorbekämpfung und die Folgen der Übergriffe in der Silvesternacht waren die thematischen



Schwerpunkte. Viele Freunde der CSU waren wieder der Einladung gefolgt, darunter Kommunalpolitiker sowie Vertreter der Wirtschaft und des öffentlichen Lebens.

Angesichts der Übergriffe an Silvester in Köln betonte die CSU-Bundestagsabgeordnete Dr. Anja Weisgerber, dass eine Änderung des Verhaltens von Frauen die falsche Reaktion auf „die abscheulichen Taten“ sei. „Wir brauchen keine Armlänge Abstand. Wer in unser Land kommt, der muss unsere Werte und unser Grundgesetz achten und der Rechtsstaat muss dies durchsetzen“, so Weisgerber. Wer solche Straftaten begehe und das Gastrecht in Deutschland missbrauche, müsse das Land wieder verlassen.

Außerdem forderte Weisgerber eine spürbare Reduzierung der Flüchtlingszahlen: „Unsere Integrationskraft ist begrenzt. Der europäische und internationale Ansatz der Kanzlerin ist wichtig. Die Verhandlungen mit den anderen Ländern führen aber nur zum Erfolg, wenn von Deutschland weitere Signale der Begrenzung ausgehen!“

Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt erwartet für 2016 ebenfalls große Herausforderungen, vor allem durch die hohe Zahl an Flüchtlingen. Bei aller Humanität und allem Engagement würden Integration, Sozialsysteme, Wohnungs- und Arbeitsmarkt an Belastungsgrenzen gelangen. Wenn die Unterstützung der anderen europäischen Länder

ausbleibe, dann müsse man zu nationalen Mitteln greifen, betonte Dobrindt. Er appellierte aber auch, nicht die deprimierende Perspektive vieler Talk-Shows zu teilen, sondern die kommenden Aufgaben mit Tatkraft anzugehen. Verkehr, Güter und Datenströme seien die Wohlstandsträger der Zukunft, in die investiert werden müsse, argumentierte Dobrindt. Der Investitionsetat des Bundesverkehrsministeriums für Straße, Schiene und Digitales wurde in dieser Legislaturperiode um 40 Prozent erhöht.

Das Bundesverkehrsministerium investiert in den kommenden Jahren viel Geld in die Region Schweinfurt-Kitzingen. Minister Dobrindt hob besonders den unermüdlichen Einsatz der beiden Abgeordneten Dr. Otto Hünnerkopf und Dr. Anja Weisgerber für den sechsspurigen Ausbau der Autobahn A 3 hervor, der dank dieser Bemühungen nun kurz vor dem Baubeginn steht. Er bezeichnete eine leistungsfähige Autobahn als wichtige Grundlage von Wachstum und Wohlstand. Die Chancen, dass der vierstreifige Ausbau der B 286 zwischen Schweinfurt und Schwebheim in den neuen Bundesverkehrswegeplan aufgenommen wird, stünden gut. Auch in die Sanierung fast aller Brücken entlang der A 7 werde der Bund in den kommenden Jahren kräftig investieren, so der Minister.

Viel Geld gibt es auch für die digitale Infrastruktur: „Schnelles Internet entscheidet heute über die Zukunft einer Region.“ Schließlich beschrieb der Minister noch seine Test-Erfahrungen mit einem fahrerlosen Auto, das sich unter anderem eigenständig einen Parkplatz sucht. Diese Technologie sei heute keine Fiktion mehr, sondern werde bereits unter Realbedingungen getestet.



Wahlkreisbüro

Schweinfurt-Kitzingen
Karl-Götz-Straße 17, 97421 Schweinfurt

Tel.: 09723 934370, Fax: 09723 934385
E-Mail: anja.weisgerber@bundestag.de

Mehr Informationen auf meiner Internetseite:

www.anja-weisgerber.de

Bundestagsbüro

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: 030 227 79344, Fax: 030 227 76343
E-Mail: anja.weisgerber@bundestag.de

Reden und Videos auf AnjaTV:

www.youtube.com/user/anjaweisgerber